

CHRISTIAN LEITZBACH

Matthias Erzberger als Redakteur des Deutschen Volksblattes

Die biographischen Daten Erzbergers sind bekannt: Geboren 1875, wuchs Erzberger im Milieu einer katholischen Diaspora auf der Schwäbischen Alb auf. Der Großteil der Bewohner des Dorfes Buttenhausen war entweder protestantisch oder jüdisch. Es gibt in der Geschichte viele Beispiele dafür, dass zumeist diejenigen besonders eifrige Anhänger einer Konfession waren, die entweder konvertiert oder – in einer Diaspora aufgewachsen waren. Überzeugung und Selbsterhaltungstrieb – im Falle Erzbergers trifft wohl beides zu – lassen eine Zugehörigkeit zum Katholizismus absolut erscheinen.

Was konnte nun den jungen Volksschullehrer, durch und durch katholisch geprägt, im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts dazu veranlassen, eine Stelle als Redakteur bei einer katholischen Stuttgarter Tageszeitung anzunehmen? Es war die Begegnung mit dem Geistlichen Joseph Eckard, der, so schrieb es schon Erzbergers Biograph Klaus Epstein, diesen 1895 während einer Diskussion bei einem von Eckards öffentlichen Vorträgen zur katholischen Soziallehre kennen gelernt hatte. Eckard war selbst seit 1890 Redakteur des Deutschen Volksblattes gewesen, und die Diskutierfreudigkeit Erzbergers, aber auch das glänzende Gedächtnis und die Schlagkraft seiner Argumente, verbunden mit einem offenbar enormen Wissen, begeisterten Eckard so sehr, dass er den jungen Lehrer spontan als Redakteur des Volksblattes gewinnen konnte¹.

Das Volksblatt war eine rein katholische Zeitung, und als Redakteur, der sich ganz den Belangen des 1894 gegründeten katholischen Zentrums in Württemberg verschrieben hatte, beschäftigte sich Erzberger in erster Linie als Berichterstatter aus dem württembergischen Landtag, dem so genannten Halbmondsaal, in Stuttgart. Hierbei interessierten ihn vor allen Dingen die konfessionspolitischen Auseinandersetzungen, aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, selbst finanzpolitische und verfassungsrechtliche Themengebiete verschmähte er nicht. Seine Interessen waren vielfältig, und bis auf die in Württemberg nicht relevanten Themen der deutschen Außen- und Militärpolitik sowie der deutschen Kolonien finden wir im Volksblatt Artikel Erzbergers zu allen Gebieten, die er auch später in seinen Broschüren und in vielen anderen deutschen Zeitungen – in der Berliner Zentrumszeitung »Germania«, in der Münchener »Allgemeinen Rundschau«, im Berliner »Tag«, in der »Kölnischen Volkszeitung« oder auch in den »Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland«, um nur diese Publikationsorgane zu nennen – behandelte.

1 Klaus EPSTEIN, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Princeton/New Jersey 1959, 24.

I.

Der Beginn der redaktionellen Tätigkeit Erzbergers fand im gleichen Jahr statt, in dem sich für die Katholiken in Württemberg ein ganz besonderes Ereignis vollzogen hatte: Die erste Konstituierung einer Zentrumsfraktion im württembergischen Landtag unter dem Vorsitz des Parteigründers Adolf Gröber². Viel ist in der Forschung darüber gerübelt worden, warum es eine solche bis dahin nicht gegeben hatte – im Reichstag existierte die Zentrumsfraktion ja bereits seit 1871 –, und warum ausgerechnet die Gründung 1894, die Fraktionskonstituierung 1895 geschah. Dafür gab es mehrere Gründe. Die Weigerung der Regierung, in Württemberg Männerorden zuzulassen, die Angriffe der Volkspartei gegen die katholischen Volksschulen und der Parteitagbeschluss der Sozialdemokraten in Halle, ihre Agitation auch unter der Landbevölkerung zu treiben – dies alles hatte den württembergischen Reichstagsabgeordneten Adolf Gröber, der in Berlin dem Zentrum angehörte, dazu veranlasst, entgegen der bisherigen Politik, die in Württemberg maßgeblich durch den konzilianter Ministerpräsidenten Freiherr von Mittnacht und dem 1893 verstorbenen Rottenburger Bischof Hefeke bestimmt wurde – und die hier nicht näher erläutert werden können – die Erfahrungen aus dem Kulturkampf auch in Württemberg einzubringen und dem katholischen Volksteil eine eigene Vertretung im Stuttgarter Parlament zu verschaffen³.

Das Stuttgarter Parlament war im Jahre 1895 neu gewählt worden und hatte zu diesem Zeitpunkt zum allerersten Mal überhaupt den Einzug einer sozialdemokratischen Fraktion, bestehend aus zwei Mitgliedern, gesehen. Und diese hatte im Vorfeld große Schwierigkeiten gehabt, sich im agrarisch geprägten Württemberg mit ihren klassenkämpferisch orientierten Parolen, die eigentlich für die Industriearbeiterschaft im Ruhrgebiet vorgesehen waren, durchzusetzen. So hatte ein führender Genosse auf dem Haller Parteitag durchaus den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er dort ausführte: *Wenn ich nun vor diesen württembergischen Bauern stehe, muss ich immer erst den Mist wegräumen, den die Berliner aufgeladen haben*⁴.

Erzbergers parteipolitische Artikel im Deutschen Volksblatt für das Zentrum richteten sich deswegen nicht gegen die SPD, die auch nach 1895 nicht der eigentliche Gegner des Zentrums im »Ländle« war, sondern gegen die linksliberale »Volkspartei«, die die Stimmung im Lande durch das Blatt »Der Beobachter« beeinflusste⁵. Die Auseinandersetzungen, die Zentrum und Volkspartei bzw. »Volksblatt« und »Beobachter« zum Ende des 19. Jahrhunderts in Württemberg führten, muten heutzutage skurril an. Einige Äußerungen auf beiden Seiten entbehren nicht einer gewissen Komik, und doch muss man sich dabei vor Augen halten, dass diese Themen sehr lebensnah waren und genau das betrafen, was die ländliche Bevölkerung Württembergs, namentlich im Wahlkampf, Tag für Tag erlebte, und was in anderen Teilen des Reiches – wenn auch nicht in Württemberg selbst, besonders aber in Preußen – zu scharfen Kulturkampfgesetzen, zum Beispiel zum so genannten Kanzelparagraphen geführt hatte. In seiner Arbeit über die

2 Vgl. Katholiken in Stuttgart und ihre Geschichte, hg. v. Joachim KÖHLER, Ostfildern 1990, 53. – Walter GRUBE, Der Stuttgarter Landtag 1457–1957, Stuttgart 1957, 550.

3 Karl BACHEM, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Zentrumsparlei, 9 Bde., Köln 1927–1932, hier Bd. 8, 59.

4 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. October 1890, Berlin 1890, 188; zitiert nach Matthias Erzberger: Sozialdemokratie und Religion, Stuttgart 1899, 5.

5 Christian LEITZBACH, Matthias Erzberger. Ein kritischer Beobachter des Wilhelminischen Reiches 1895–1914, Frankfurt 1998, 82ff.

Abb. 1 Matthias Erzberger als Unterlehrer, um 1895/1900 (alle Abbildungen: StadtA Münsingen).



Abb. 2 Matthias Erzberger in seinem Arbeitszimmer, um 1920.



Abb. 3 Matthias Erzberger als Staatssekretär, 1918.



Abb. 4 Matthias Erzberger im Kreis von Freunden (v.l.n.r. B. Widmaier, M. Erzberger, G. Baumberger, Pfarrer F. Vogt) in Weißbad, Juli 1920.



Abb. 5 Gedenkfeier am 8. Mai 1927 in Buttenhausen vor dem geschmückten Geburtshaus des Zentrumspolitikers.



Abb. 6 Gedenkfeier am 8. Mai 1927 in Buttenhausen: am Geburtshaus ist die enthüllte Gedenktafel zu erkennen.



Abb. 7 Das Geburtshaus Erzbergers von Nordwesten, um 1927.



Abb. 8 Das Geburtshaus Erzbergers nach Umbau zu einer Gedenkstätte für den Zentrumspolitiker, 2004 (Aufnahme: Haus der Geschichte Baden-Württemberg).

Rolle des Zentrums bei der ersten deutschen Reichstagswahl von 1871 hat Christoph Weber treffend festgehalten, dass der eigentliche Grund für diesen Paragraphen nicht der gewesen sei, Geistlichen generell einen Maulkorb umzubinden, sondern zu verhindern, dass es von der Kanzel herab politisierenden Geistlichen möglich sein sollte, den liberalen Kandidaten öffentlich als Feind Gottes zu bezeichnen⁶. Denn der Katholik, der gerne liberal wählte und dennoch die Sonntagsmesse besuchte, wurde dadurch beeinflusst und konnte seinem Pfarrer ja nicht öffentlich während der Predigt widersprechen. Wie sehr dies der Wirklichkeit entsprach, kann man feststellen, wenn man sich mittels »Volksblatt« und »Beobachter« einmal auf dem Land umgesehen hat. Denn mit derartigen Vorkommnissen beschäftigte sich auch Erzberger in seinen Auseinandersetzungen mit dem »Beobachter«. Da gab es – um aus der Reihe der vielen Beispiele nur ein einziges herauszunehmen – den Vorwurf des Missbrauches der Absolutionsgewalt.

Der »Beobachter« stellte 1896 fest, dass Ordensegeistliche den Katholiken, die sich der schweren Sünde des Lesens *demokratischer Blätter*⁷ schuldig gemacht hatten, die Absolution verweigerten. Natürlich, so das liberale Organ, gebe es sehr viele Katholiken, die ihrem Glauben innerlich fremd geworden seien. Die betroffenen Katholiken seien durchaus standfest in ihrem Glauben und besäßen *dennoch einen guten moralischen Kern*⁸ – man beachte die Gegensätze –, doch aus ihrer Kirche würden sie am liebsten austreten. Das sei auch das einzig richtige, jedoch setzten einige damit ihre Existenz aufs Spiel, da ihre berufliche Stellung ein Verbleiben in der katholischen Kirche unabdingbar mache. Derartige Behauptungen konnte Erzberger nicht unkommentiert lassen. Das Motiv des »Beobachters«, diese *unwahre Darstellung, falsche Gruppierung, Verschweigungen, logische Sprünge* zu verbreiten, sei, *einen Vorwand für die ablehnende Haltung in der Ordensfrage zu gewinnen*⁹. Gewiß, so schrieb er, *es giebt viele, die durch die Politik vor allem in ihrem Glaubensleben schwere Stöße erlitten haben; der »Beob.« hätte unter den Ursachen dieser Erscheinung vor allem sich selbst, d. h. das Lesen demokratischer Blätter nennen dürfen. Allein diese Glaubensentfremdung sitzt bei vielen sehr oberflächlich. Mancher steht im Oberland der Kirche nur deswegen fern, weil er bei irgendeinem demokratischen Volksverein engagiert ist, oder aber von einem Demokratenbruder hofiert wird, oder weil er glaubt, er könne bei der Demokratie etwas bedeuten*¹⁰. Wenn aber der »Beobachter« behauptete, die Geistlichkeit bekämpfe politische Gegner im Beichtstuhl, so sei das eine einzige Lüge. *Es ist unwahr*, schrieb Erzberger, *daß die Geistlichkeit jemanden im Beichtstuhl bekämpfe, weil er ein politischer Gegner des betreffenden Beichtvaters sei; der Beichtvater kümmert sich im Beichtstuhl nur um religiöse Dinge, er bekämpft den »Beob.« nicht als Parteiblatt, sondern als religionsfeindliches Blatt. Eine schiefe Behauptung ist, daß die Geistlichkeit dabei im Sinne der Zentrumsleitung handle; die katholische Geistlichkeit weiß, ganz unabhängig vom Zentrum, was sie zu thun hat, die Zentrumsleitung hat keinerlei Einfluß auf Beichtstuhl und Kanzel; sie sucht auch einen solchen nicht; sie will auch keinen Boykott politischer Gegner. Wenn man im Oberland keine demokratischen Kandidaten findet, so kommt das*

6 Christoph WEBER, »Eine starke, enggeschlossene Phalanx«. Der politische Katholizismus und die deutsche Reichstagswahl 1871, Essen 1992, 47.

7 Matthias ERZBERGER (anon.), Nochmals der Mißbrauch der Absolutionsgewalt, in: Deutsches Volksblatt, 48. Jg., Nr. 171, 29.7.1896, 2. Bl.

8 Ebd.

9 Matthias ERZBERGER (anon.), Schlechthin unverdaulich, in: DtVb, 48. Jg., Nr. 190, 21.8.1896, 1. Bl.

10 Matthias ERZBERGER (anon.), Nochmals der Mißbrauch (wie Anm. 7).

lediglich daher, daß ein demokratischer Kandidat im Oberland als sicherer Durchfallskandidat eine komische Figur ist. Boykottgefahr hat hiemit nichts zu tun¹¹.

Erzberger bestritt also keinesfalls, dass im Beichtstuhl Einfluss auf die politische Haltung der Beichtenden ausgeübt wurde. Die Absolutionsverweigerung diente seiner Aussage nach aber nicht dazu, die Anhängerschaft des Zentrums zu mehren, sondern allein der Rettung der Seelen.

In dieser Art wehrte Erzberger mannigfaltige Angriffe der Volkspartei, die befürchten musste, ihre katholischen Wähler an das Zentrum zu verlieren, ab, ob es die Praxis der Wahlkampfreden von der Kanzel aus war oder auch die in seinen Augen unsinnige Behauptung, katholische Bezirke seien tiefer verschuldet als protestantische, woran das Zentrum schuld sei. Und warum dies? *Weil es das Volk verdumme, es von jedem Verkehr mit Andersgläubigen, vom Lesen liberaler Zeitungen und von jedem zeitgemäßen Fortschritt abhalte. Darum müsse das katholische Volk wirtschaftlich zurückkommen und in Schulden geraten*¹².

Der Kampf um die Wählerstimmen in Oberschwaben hatte, wie aus Erzbergers Diskussionsbeiträgen hervorgeht, einen substantiellen Kern. Hier trafen politische Ansichten und religiöse Weltanschauungen aufeinander, die auch am einfachen Bauern nicht vorbeigingen, da dieser es war, den der politisierende Pfarrer von der Kanzel aus gewinnen wollte. Es ist verständlich, wenn sich die Volkspartei gegen diese Praktiken wehrte, genauso wie der katholische Klerus versuchte, den Katholiken auch politisch in seiner Kirche zu halten.

II.

Ein zweites bedeutendes Thema Erzbergers im Deutschen Volksblatt war die soziale Lage der Handwerker. Er bemühte sich in seinem Wirken – nicht nur als Redakteur des Deutschen Volksblattes, sondern vor allem als Arbeitersekretär –, dem Handwerkerstand – wie wir sehen werden, vor allem dem katholischen – durch die Möglichkeit der Weiterbildung und der praktischen Hilfestellung in Behörden- und Gesetzesfragen weiterzuhelfen.

Wie konnte das dieser junge Volksblatt-Redakteur tun, und woher hatte er diese Fähigkeiten? Wie bereits sein Biograph Epstein Ende der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts schilderte, wurde Erzberger im Sommer 1896 auf die katholische Universität in Fribourg geschickt, um dort volkswirtschaftliche Studien zu hören und danach die katholische Soziallehre – beruhend auf den entsprechenden Papieren der katholischen Kirche, insbesondere der Sozialenzyklika Papst Leos XIII. in so genannten Sonntagsvorträgen unter Bauern, Handwerkern und Arbeitern zu verbreiten¹³.

Erzbergers redaktionelle Tätigkeit schloss irgendwann natürlich auch den Kampf gegen die SPD ein. Die Sozialdemokraten waren allerdings bis zu ihrem ersten Einzug in den Halbmondsaal 1895 in Württemberg bzw. dem vorangegangenen Wahlkampf noch nicht nennenswert in Erscheinung getreten. Der Liberalen Volkspartei konnte er mit speziell württembergischen Themen im Volksblatt begegnen, die Debatten im Halbmondsaal sowie deren Veröffentlichungen im »Beobachter« gaben ihm genug Ge-

11 Ebd.

12 Matthias ERZBERGER (anon.), Was sich die badischen Katholiken gefallen lassen müssen, in: DtVb, 48. Jg., Nr. 200, 2.9.1896, 2. Bl.

13 EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 1), 25.

legenheit, gerade im Vorfeld von Wahlen auf den politischen Gegner einzuschlagen. Bei den Sozialdemokraten ging das – noch – nicht. Deswegen musste Erzberger, was die Bekämpfung der SPD anging, auf die Reichspolitik zurückgreifen. Das ging natürlich nicht im Deutschen Volksblatt, wo dafür wenig Raum schien. So begann Erzberger mit der Herstellung von Broschüren, die er ganz in den Dienst der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Lobpreisung des Zentrums stellte. Was übrigens Württemberg selbst anging, so stand Erzberger auf dem Standpunkt, dass nicht das Zentrum mit seiner festen Wählerschaft und deren katholischer Überzeugung Gefahr von der Sozialdemokratie fürchten musste, sondern die Volkspartei, deren Anhänger, wie er anlässlich der Stichwahlen zur Reichstagswahl von 1898 bemerkte, scharenweise von der Stange gingen. Die Brotverteuerung und die indirekten Steuern – beides waren Kritikpunkte, die Volkspartei und SPD im Wahlkampf anbrachten. Und deshalb, so notierte Erzberger: *Wenn nun schon die Kritik die Seele unserer Politik sein soll, dann zu der Partei, die die Kritik in der schärfsten Weise übt – zur Sozialdemokratie!*¹⁴

Dabei ging es Erzberger allerdings keineswegs nur um die bloße Bekämpfung des Gegners. Die praktische und positive Hilfestellung und die Lehrarbeit – schließlich dürfen wir seinen gelernten Beruf als Volksschullehrer nicht vergessen – lagen seinem Naturell näher. Erzberger ist zeit seines Lebens ein Lehrer geblieben, für einige auch ein nervtötender Belehrer, und er wurde – gerade in seinen württembergischen Anfangsjahren als so genannter Arbeitersekretär – nicht müde, in sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu belehren. Dazu hier ein Beispiel aus dem Deutschen Volksblatt aus dem Jahre 1898, als er erklärte, wie er sich die in seinen Augen notwendige Entwicklung eines Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft vorstellte, die für ihn angewandte Sozialpolitik pur bedeutete. Verschiedene Wesenszüge Erzbergers traten in diesen beiden Artikeln, die unter dem Titel *Was kann innerhalb des Volksvereins für das katholische Deutschland für die Landwirtschaft geschehen?*¹⁵ am 30. November und am 1. Dezember 1898 erschienen, so deutlich hervor, dass sie vielleicht als die typischsten Artikel aus seiner Feder in dieser Zeit gelten können.

Hier anzutreffende stilistische und inhaltliche Besonderheiten seiner Art zu schreiben finden sich in allen seinen Veröffentlichungen zwischen 1895 und 1921. Wie wichtig er – als Lehrer – die Notwendigkeit einer ausreichenden Bildung betrachtete, sehen wir daran, dass er die Bauern nachdrücklich aufforderte, sich weiterzubilden, um durch Selbsthilfe ihre soziale Situation verbessern zu können.

*Die Belehrung und Schulung ist das erste Notwendige. [...] Der Bauersmann muß sich darüber klar sein, welches die wahren Ursachen seiner gedrückten Lage sind, er muß wissen, was utopische Ziele sind, die er nicht anstreben kann, er muß sich darüber Rechenschaft geben, was für ihn die nächstliegende Aufgabe ist und was noch in weiter Ferne steht, was er vom Staat erwarten kann, aber auch was er selbst zu leisten hat!*¹⁶

Als Volksschullehrer wusste Erzberger aber auch, was er von seinen Schülern zu erwarten hatte, und welche Anforderungen er an sie stellen durfte:

14 Matthias ERZBERGER (anon.), Das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen in volksparteilichen Wahlkreisen, in: DtVb, 50. Jg., Nr. 137, 21.6.1898, 1. Bl.

15 Matthias ERZBERGER (anon.), Was kann innerhalb des Volksvereins für das katholische Deutschland für die Landwirtschaft geschehen?, in: DtVb, 50. Jg., Nr. 271, 30.11.1898, 1. Bl., und Nr. 272, 1.12.1898, 2. Bl.

16 Matthias ERZBERGER (anon.), Was kann innerhalb des Volksvereins (wie Anm. 15), Nr. 271.

Die Schüler, die nur zögernd den Stoff in sich aufnehmen, erfassen ihn oft nachher nur um so tiefer. [...] Man vermeide die Fragen, die zu schwierig, zu wenig geklärt, zu fernliegend sind. [...] Man strebe danach, immer alte Wahrheiten im neuen Gewande zu bringen, das Ideale neben dem Materiellen zu sagen. [...] Man scheue sich [...] nicht, eventuell auch vor einem ganz kleinen Auditorium zu sprechen; man gebe solchen, die sich dafür interessieren, besondere litterarische Hilfsmittel an die Hand; man halte es nicht unter seiner Würde, diese ganz besonders in die Sache einzuführen¹⁷.

Zweitens warb Erzberger stets mit Nachdruck für das Genossenschaftswesen. Nicht nur die Arbeiter und Handwerker wollte Erzberger in Genossenschaften zusammengeschlossen sehen, sondern auch die Bauern.

Das nächste Ziel der Belehrung muß die Weckung des sozialen Sinnes sein, des Gemeinsinnes, des Corpsgeistes, des Gefühls der Solidarität. [...] Ist so der Boden vorbereitet, dann kann man mit den Gedanken genossenschaftlicher Gründungen herausrücken. Unter diesen stehen oben an die Raiffeisenvereine¹⁸.

Dazu forderte Erzberger natürlich viel Engagement von Seiten der Bauernschaft:

Wenn man bedenkt, daß das Ziel der ganzen Bewegung die möglichst allgemeine Einführung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist, so liegt auf der Hand, daß eine große Zahl gemeinnützig thätiger Männer nötig ist, welche in den einzelnen Gemeinden mit Rat und That eingreifen können¹⁹.

Wir stoßen drittens auf Erzbergers ausgeprägtes Organisationsvermögen, denn die Vorschläge, die er hier zur Gründung der Genossenschaften verbreitet, sind bereits so präzise ausgearbeitet, dass sie fast Satzungs-Charakter haben. Viertens sind seine Vorschläge von christlich-sozialem Geist geprägt, und einige davon, wie die Einbeziehung des katholischen Klerus, machen deutlich, dass Erzberger sich vor allem an die Katholiken unter den Bauern wendet:

Die Zentralstelle bildet der Bauernanwalt. [...] Er soll für dieses Gebiet als soziale Auskunftsstelle gelten. [...] Den Vertrauensmännerkonferenzen möchten wir an die Seite gestellt wissen soziale Konferenzen unter der Geistlichkeit²⁰.

Ein fünfter, stets wiederkehrender Gedanke Erzbergers ist schließlich die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus:

Das 20. Jahrhundert wird das Jahrhundert des Sozialismus sein, entweder des revolutionären Zwangssozialismus, oder des christlichen freien Sozialismus²¹.

Daran schließt sich übrigens ein weiterer Wesenszug Erzbergers an, Gedanken zu veröffentlichen, die nicht seine eigenen waren. Das Jahrhundert des Sozialismus sah vor ihm der Olper Sozialpolitiker Franz Hitze in seinem Buch »Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft« aus dem Jahre 1881 kommen.

17 Ebd.

18 Ebd.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Ebd.

Erzbergers sozialpolitische Domäne war nun allerdings nicht die Landwirtschaft. Aber die von ihm dargestellten Modelle, die sich ebenso in seinen Vorträgen und Veröffentlichungen für die württembergischen Handwerker wiederfinden, ließen sich – was das Genossenschaftswesen anging – mühelos auf die Bauern übertragen. Auf die speziellen Probleme, die die Landwirtschaft mit sich brachte, ging Erzberger in seinen Ausführungen nicht ein.

III.

Ein drittes wichtiges Gebiet, mit dem sich Erzberger als Redakteur des Deutschen Volksblattes beschäftigte, war die Finanzpolitik seiner württembergischen Heimat. Dabei stand besonders die württembergische Finanzreform von 1903 bzw. deren jahrelange Vorbereitung im Mittelpunkt seiner Betrachtungen.

Seit 1893 bemühte sich die württembergische Regierung, eine Reform der Finanzgesetzgebung zu erreichen, um der Finanzprobleme Herr zu werden, die durch die Industrialisierung und die daraus resultierende Entwicklung in Landwirtschaft und Handwerk verursacht worden waren. Schließlich beruhten die Staatseinnahmen des Königreichs Württemberg bis zur Jahrhundertwende auf Ertragsteuern, gegründet auf den Katasterberechnungen aus der Zeit König Wilhelms I.²² Mit der Eröffnung des neugewählten Landtags 1895 stand eine nach preußischem Vorbild zu schaffende progressive Einkommensteuer erstmals zur Entscheidung an²³. In Preußen hatte in den Jahren 1891 bis 1893 Finanzminister Johannes von Miquel eine umfassende Steuerreform durchgeführt, die vor allem Auswirkungen auf die preußische Einkommensteuergesetzgebung hatte. Die wichtigsten Neuerungen waren dabei die Besteuerung der tatsächlichen Einkommen anstelle mutmaßlicher Wohlstandsklassen und die progressive Gestaltung des Steuertarifs. Diese Einkommensteuer stellte nach Miquels Ansicht die »vollkommenste Form der Besteuerung« dar und wurde für die übrigen deutschen Staaten – auch für Württemberg – vorbildhaft. Auf Seiten des Zentrums war Adolf Gröber maßgeblich an den Beratungen zur Steuerreform beteiligt. Gröber und Josef Eckard beauftragten nun den jungen Redakteur Erzberger, den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen im Landtag publizistisch zu begleiten²⁴.

Erzbergers Berichterstattung im Deutschen Volksblatt aus dem Jahre 1897 gibt nicht nur einen Einblick in den Verlauf der Debatten im württembergischen Landtag. Sie vertritt auch seine außerordentliche Befähigung, sich in die schwierigen finanzpolitischen Probleme seines Heimatlandes hineinzusetzen, und zugleich großes Fachwissen auf volkswirtschaftlichem Gebiet – zweifellos eine Folge seiner Studien in Fribourg.

Die Finanzen in Württemberg schienen auf den ersten Blick gesund, und so gab es im württembergischen Landtag nicht bei allen Fraktionen die Einsicht in die Notwendigkeit einer umfassenden Steuerreform. In seiner Berichterstattung beschrieb Erzberger allerdings die Gefahren, die im derzeitigen Finanzsystem des Königreiches schlummerten und die im Landtag anlässlich einer Beratung für einen Nachtragsetat, die so genannte Besoldungsvorlage, deutlich wurden. Wie Erzberger berichtete, wurde von den meisten Abgeordneten als Ursache für die tatsächlich existierende, wachsende

22 ERNST MÜLLER, Eine kleine Geschichte Württembergs, Stuttgart 1963, 208.

23 MAX MILLER/Paul SAUER, Die Württembergische Geschichte von der Reichsgründung bis heute, Stuttgart 1971, 82.

24 EPSTEIN, Erzberger (wie Anm. 1), 31.

Staatsschuld nicht eine im Königreich selbst entstandene Misswirtschaft verantwortlich gemacht, sondern die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit von Land und Reich²⁵.

Im Reich war zu dieser Zeit die so genannte Franckensteinsche Klausel für die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Reich und Ländern maßgebend. Unter der Federführung der Zentrumspolitiker Georg Freiherr von und zu Franckenstein und Ludwig Windthorst war 1879 bestimmt worden, dass die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und indirekten Steuern (die die einzigen Einnahmequellen des Reiches waren) den Betrag von 130 Millionen Mark nicht überschreiten durften. Was darüber hinausging, musste an die Bundesstaaten überwiesen werden (daher der Name Überweisungssteuer). Dafür erhielt das Reich von den Einzelstaaten Matrikularbeiträge, die jedoch den wachsenden Finanzbedarf bald nicht mehr decken konnten. Die Franckensteinsche Klausel sicherte dem Reichstag sein Budgetrecht, aber die Länder wurden mit dem Verfahren nicht glücklich, weil die Ausgaben des Reiches – und damit die Matrikularbeiträge der Staaten – im Laufe der Jahre erheblich gestiegen waren, vor allem, wie im Landtag beklagt wurde, durch die wachsenden Militärausgaben des Reiches.

Größter Streitpunkt während der Beratungen zur Steuerreform wurde die Reform der Einkommensteuer. Bereits im Jahre 1897 deutete sich an, was zwei Jahre später Wirklichkeit werden sollte: Die gegensätzlichen Positionen um die Höhe der progressiven Steigerung der Steuern waren nicht miteinander zu vereinbaren. Erzberger sah im Juli 1897 ein Scheitern der Beratungen voraus. Denn, so schrieb er im Deutschen Volksblatt:

Das Zustandekommen der Reform ist bekanntlich nur bei zwei Punkten ernstlich in Frage gestellt, einmal bei der Frage der Höhe und der Steigerung des Steuersatzes und dann bei der Frage des Steuereinzugs. Bezüglich des ersten Punktes hat Finanzminister v. Riecke erklärt, daß sein Name nicht unter einem Gesetz stehen werde, welches den Steuersatz bis zu sechs Prozent progressiv anwachsen lasse; bezüglich des Steuereinzugs durch die Gemeinden lautete die Erklärung des Ministers ebenso ablehnend. Trotz der infolge dessen drohenden Aussicht auf ein Scheitern des ganzen Reformwerkes hat die Abgeordnetenkammer an beiden Beschlüssen mit großer Mehrheit festgehalten – und nun könnte es allerdings scheinen, als sei die Reform gefährdet²⁶.

Im Juli 1899 war dieser erste Versuch der Schaffung einer Einkommensteuer, den der bereits 1898 verstorbene Finanzminister von Riecke und sein Nachfolger von Zeyer durchführen wollten, tatsächlich gescheitert, und zwar sowohl an der Weigerung der Zweiten Kammer, jede Erhöhung der Einkommensteuer auf dem ordentlichen Gesetzeswege durchführen zu müssen, was eine Erweiterung des Budgetrechts der Standesherren bedeutet hätte, als auch an der Ablehnung des Steuersatzes von sechs Prozent durch die Standeskammer. Der Landtag von 1895/1900 ging wegen des Scheiterns der Finanz- wie der Verfassungs- und Verwaltungsreform als »vergeblicher Landtag«²⁷ in die Geschichte Württembergs ein.

Auch in der Session 1900/1905 drohte das ganze Reformwerk an der Forderung der Zweiten Kammer nach der Besteuerung von sechs Prozent des Einkommens und der Verweigerung des erweiterten Budgetrechts für die Standesherren zu scheitern. Landtagspräsident Friedrich von Payer vermittelte schließlich einen Kompromiss zwischen

25 Matthias ERZBERGER (anon.), Die Generaldebatte zum Württembergischen Hauptfinanzetat, in: DtVb, 49. Jg., Nr. 58, 12.3.1897, 2. Bl.

26 Matthias ERZBERGER (anon.), Über die Aussichten der Steuerreform, in: DtVb, 49. Jg., Nr. 150, 7.7.1897, 1. Bl.

27 MILLER/SAUER, Württembergische Geschichte (wie Anm. 23), 90.

der Zweiten und der Standeskammer, der den Höchstarif auf fünf Prozent festsetzte und den Standesherrn die Mitbewilligung der Einkommensteuererhöhung zusicherte. So wurde die Steuerreform am 17. Juli 1903 verabschiedet. Über ihr Zustandekommen verfasste Erzberger im Juli des Jahres einen Aufsatz in den »Historisch-politischen Blättern«.

Er lobte am Gesetzeswerk vor allem, dass es *in ganz hervorragender Weise von socialem Verständniß getragen*²⁸ und auf die individuelle Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Steuerzahlers Rücksicht genommen worden war. So sei nun ein Steuersystem entstanden, *das mit Fug und Recht sich als das erste, social gerechteste und freisinnigste aller deutschen, ja europäischen Steuergesetze bezeichnen darf*²⁹.

Besonders hob Erzberger die neue *allgemeine progressive Einkommensteuer* hervor, die die Einkommen jeder Art erfaßt und so die frühere *Dienst- und Berufseinkommensteuer*³⁰ ersetzte:

*Die allgemeine progressive Einkommensteuer ist ein ganz modern sociales Werk mit geringer Steuer für die wirtschaftlich Kleinen, Schonung des Mittelstandes und Steigerung des Steuersatzes für die Großen bis zu einer Höhe, die sonst kein deutscher Staat aufweist. Sämmtliche Einkommen unter 500 Mark sind überhaupt steuerfrei*³¹.

Als *ungemein liberal und freisinnig*³² empfand Erzberger das Verfahren der Steuereinschätzung. Miquel hatte in Preußen eine Steuererklärungspflicht eingeführt, die das alte Einschätzungsverfahren, das sich an äußerlichen Merkmalen orientierte und von einem staatlichen Steuereinschätzer vorgenommen wurde, abgelöst. Nach diesem Vorbild entstand auch in Württemberg das Recht für jedermann, eine eigene Steuererklärung abzugeben. *Die mit Recht nicht genehmen staatlichen »Steuertiger« sind stark in die Ecke gedrängt*³³. Angesichts dieser liberalen Bestimmungen hielt Erzberger die recht harten Strafbestimmungen bei Steuerhinterziehungen für *scharf, aber gerecht*³⁴. Und natürlich nutzte Erzberger die ansonsten sehr sachliche Behandlung der Steuergesetzgebung auch dafür, den politischen Gegner bloßzustellen.

*Sämmtliche Steuergesetze sind in der Kammer der Standesherrn einstimmig, in der Abgeordnetenkommission mit erdrückender Mehrheit angenommen worden; neben einem fast altersschwachen Ritter stimmten nur die Socialdemokraten gegen das Gesetz, dabei in den Fußstapfen von Karl Marx wandelnd und die »Uebertrumpfungspolitik« befolgend. Der bayrische Genosse von Vollmar hat schon 1891 diese Politik als eine »Politik von Kindern« bezeichnet, womit er auch das Verhalten seiner württembergischen Gesinnungsgenossen verurtheilte. Möge das so mühsam errungene Werk zum Segen des Landes sich gestalten*³⁵.

Adolf Gröber hätte keinen besseren Redakteur für die Darstellung der württembergischen Steuerreform in einer katholischen Zeitschrift finden können als Matthias Erzberger. Der junge ehemalige Volksschullehrer vertrat nachdrücklich die Interessen des Zentrums und der katholischen Kirche, u.a. hob er ausdrücklich die Steuerbefreiung für

28 Matthias ERZBERGER, Die württembergische Steuerreform, in: HPBl 132, 1903, Nr. 30, 380.

29 Ebd., 381.

30 Ebd.

31 Ebd., 382.

32 Ebd., 385.

33 Ebd.

34 Ebd., 387.

35 Ebd.

katholische und soziale Einrichtungen hervor. Vor allem aber unterstrich er die Bedeutung seines Mentors Gröber für das Zustandekommen des Gesetzeswerkes und machte damit gleichzeitig auf ein Manko in der staatsrechtlichen Position der württembergischen Katholiken aufmerksam:

Die »katholische Rückständigkeit« hat hier ein Meisterwerk geschaffen. Mit vollem Recht wird [die Steuerreform] in den Tagesblättern als eine »Lex Gröber« bezeichnet. Ohne dessen unausgesetzte Bemühungen und ohne dessen eminentes parlamentarisch diplomatisches Geschick könnte Württemberg auf das Zustandekommen der Steuerreform noch ebenso lange warten wie die jungen Socialdemokraten auf den Zukunftsstaat»³⁶.

Trotz seiner verdienstvollen Tätigkeit im württembergischen Landtag – nicht nur bei der Steuerreform – komme jedoch, so unkte Erzberger, *der verdiente Centrumsführer [Gröber] nicht eine Sekunde in die Verlegenheit, ob er ein höheres Staatsamt annehmen oder ablehnen soll. Eine schlaue Regierung könnte ja hiedurch die erste parlamentarische Kraft des Landes lahmlegen! Doch zur Arbeit ist das Centrum noch immer und überall willkommen gewesen; den Hafer erhalten dann andere*³⁷.

Bereits in seinen Anfangsjahren als politischer Redakteur in Württemberg bewies Erzberger großes Interesse und eine ausgezeichnete Befähigung auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Während seiner gesamten Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter in Berlin verfasste er eine bedeutende Anzahl von Broschüren, Aufsätzen und Zeitungsartikeln zu Wirtschafts- und Finanzfragen, wobei er auf einen reichen Wissens- und Erfahrungsschatz zurückgreifen konnte. Der Zentrumspolitiker Johannes Giesberts schrieb am 8. August 1917 an den damaligen Reichskanzler Georg v. Michaelis:

*Erzberger verdankt seine überragende Stellung im politischen Leben seinem außerordentlichen Fleiß und Arbeitsfähigkeit, seinem fabelhaften Gedächtnis, seiner ungeheuren Kenntnis besonders des Haushaltetats und nicht zuletzt seiner Fähigkeit, die Situation schnell zu erfassen und positive Schlüsse daraus zu ziehen*³⁸.

Erzbergers große Kompetenz auf diesem Gebiet zeigte sich noch häufig in den folgenden Jahren bis 1921, denn eine der bedeutendsten Leistungen dieses großen württembergischen Politikers, der sich im Laufe seiner Jahre als Reichstagsabgeordneter mit sämtlichen Beratungen zum Thema Steuerreform auseinandergesetzt und viele eigene Lösungsvorschläge eingebracht hatte – ich erwähne hier beispielhaft nur den »Besitzsteuerantrag Bassermann-Erzberger« aus dem Jahre 1912 war zweifellos die Steuerreform von 1920 mit der Schaffung der ersten reichseinheitlichen Einkommensteuer.

36 Ebd., 380.

37 Ebd.

38 Zitiert nach Wolfgang RUGE, Matthias Erzberger. Eine politische Biographie, Ost-Berlin 1976, 19.